

Tagung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie.

Eine gemeinsame Tagung der in dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie vereinigten Ausschüsse des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen hat heute unter dem Voritze des Landrats a. D. Rötger im Gasthaus Adlon zu Berlin stattgefunden.

Ueber den ersten Gegenstand der Tagesordnung, Beratung der zur Sicherstellung der deutschen Auslandsforderungen nötigen Maßnahmen und Besprechung des Entwurfs einer der Reichsregierung einzureichenden Denkschrift, erstattet den einleitenden Bericht Herr Kommerzienrat Dr. Guggenheimer, Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. Es folgten u. a. eingehende, von der Versammlung lebhaft begrüßte Darlegungen des Geh. Legationsrats Dr. Simons vom Auswärtigen Amt über die Gedanken und Arbeiten, die die Reichsregierung auf diesem Gebiete gegenwärtig beschäftigen. Der Vorsitzende, Landrat Rötger, faßt den Inhalt dieser Ausführungen dahin zusammen, daß durch sie das Verlangen des Kriegsausschusses, Behandlung der Angelegenheit in gemeinschaftlicher Arbeit der Interessenten mit der Regierung, unterstützt und unterstrichen werde. So stehe zu hoffen, daß die von der deutschen Industrie einmütig ausgesprochenen Wünsche, wie sie in dem nachstehenden, einstimmig angenommenen Beschlusantrag niedergelegt sind, nicht ungehört verhallen.

Der Beschlusantrag lautet:

Der „Kriegsausschuß der Deutschen Industrie“ hat sich in seiner heutigen Versammlung nachdrücklich dahin ausgesprochen, daß neben der bereits durch die Bundesratsverordnung vom 7. Oktober 1915 angeordneten Anmeldung der feindlichen Vermögenswerte im Inlande alsbald auch eine Feststellung der deutschen Auslandsforderungen stattfinden muß. Die von der Regierung bisher gegebene Zusicherung, daß sie bemüht sein wolle, den Eingang dieser Forderungen durch Wiederherstellung der früheren Rechtsbehelfe zu sichern, wird nach der Ueberzeugung des „Kriegsausschusses“ keineswegs ausreichen, den rechtzeitigen und vollständigen Eingang derartiger — für den Bestand mancher Einzelunternehmungen ausschlaggebenden Werte — zu gewährleisten. Angesichts der Tatsache, daß die behördlichen Stellen vor dem Kriege die deutsche Industrie mehrfach aufgefordert haben, dem deutschen Gewerbebesteuer neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkte zu erschließen, erscheint es als eine der wichtigsten Pflichten der Verbündeten Regierungen, nunmehr auch für einen wirksamen Schutz der in Frage stehenden Interessen Sorge zu tragen, um damit gleichzeitig die Grundlage für die spätere ungestörte Weiterentwicklung von Industrie, Handel und Schifffahrt zu geben. Auch die Rücksicht auf die Erholung der deutschen Valuta fordert gebieterisch eine Ordnung der deutschen Auslandsforderungen. Der nach dem Kriege notwendige Bezug von Rohstoffen wird ohnedies den ungünstigen Einfluß auf den Stand des Markwechsels noch verschärfen. Der „Kriegsausschuß“ unterbreitet daher in einer von ihm vorbereiteten Denkschrift der Regierung den Antrag, daß unter ihrer Führung aus den auf diesem Gebiete erfahrenen Kreisen eine Kommission zur Beratung der zu ergreifenden Maßnahmen eingesetzt werde.

Der Vorsitzende erbittet darauf und erhält die Befugnis, für die endgültige Gestaltung der Denkschrift eine

Kommission zu bilden, in die außer dem Referenten Kommerzienrat Dr. Guggenheimer die Herren Frölich, Jordan, Dr. Wandel, Dr. Spitzer berufen werden sollen.

Es folgte der Bericht des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann über den vorbereitenden Gesekentwurf zur Besteuerung der Kriegsgeschäftsgewinne und die künftige Kriegsvermögenszuwachssteuer. Die Versammlung dankte dem Vortragenden durch lebhaften Beifall und Handklatschen für seine klaren und erschöpfenden Ausführungen. In einer kurzen Aussprache erinnerte der Bankdirektor Geheimrat Müller an das Wort des Präsidenten der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Dr. W. Rathenau von dem Wert und der Aufgabe der stillen Reserven. Der Vorsitzende erhielt die Erlaubnis, zur Prüfung der Frage der künftigen Kriegsvermögenszuwachssteuer und behufs rechtzeitiger Darlegung der Wünsche und Interessen der Industrie eine Kommission einzusetzen.